

Attraktiver durch Entlastung

ÖFFENTLICHER DIENST BUND UND KOMMUNEN – Forderungen für Tarifrunde beschlossen

Anfang kommenden Jahres beginnen die Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen. Eine Tarifrunde, die angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht einfach werden wird. Daher hat ver.di bereits frühzeitig mit den Vorbereitungen der Tarifrunde begonnen. Bereits den ganzen Sommer über wurden die Beschäftigten gefragt, welche Forderungen ihnen in der kommenden Runde wichtig sind.

Mehr als 150 000 Beschäftigte beteiligten sich, 20 000 mehr als bei der zurückliegenden Runde vor rund zwei Jahren. Neben der Forderung nach mehr Gehalt zeigte sich dabei auch, dass Mitglieder wie Nichtmitglieder beim Thema Arbeitszeit hohen Handlungsbedarf sehen. Damit bestätigten sie auch die Ergebnisse einer großen Umfrage von ver.di aus dem Frühjahr. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst arbeiten oft unter großen Belastungen. Daher werden die Gewerkschaften dieses Thema in den Verhandlungen angehen.

Die Bundestarifkommission von ver.di hat am 9. Oktober ihre Forderungen beschlossen, die sie in den gemeinsam mit der GdP, der GEW, der IG BAU und dem dbb beamtenbund und tarifunion geführten Verhandlungen bei den Arbeitgebern von Bund und Kommunen durchsetzen will. Ein Volumen von 8 Prozent mehr lautet der Beschluss, mindestens aber 350 Euro monatlich. Neben einer reinen Gehaltserhöhung sollen



damit auch die Zuschläge für besonders belastende Tätigkeiten steigen.

Mehr freie Tage

Zum Forderungspaket gehört auch ein „Meine-Zeit-Konto“ (siehe Seite 5). Gefordert werden zudem drei zusätzliche freie Tage sowie ein weiterer Tag für Gewerkschaftsmitglieder. Azubis, Praktikant*innen und dual Studierende sollen 200 Euro mehr pro Monat bekommen sowie die Azubis eine verbesserte Übernahmeregelung.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke betonte, dass für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes immer noch Nachholbedarf bei den Gehältern bestehe – trotz guter Abschlüsse in den vergangenen zehn Jahren. Die Einkommen müssten deutlich erhöht werden, damit er

als Arbeitgeber im Wettbewerb um Arbeitskräfte mithalten könne.

„Die Beschäftigten von Bund, Kommunen und kommunalen Unternehmen spüren immer stärker die Folgen von unbesetzten Stellen und Personalknappheit. Daher muss alles getan werden, um den öffentlichen Dienst wieder attraktiver zu machen. Und dazu gehören neben mehr Geld, vor allem mehr Zeitsouveränität und mehr Entlastung“, so Werneke. Zudem wird die Personalknappheit weiter steigen. Die Unternehmensberatung McKinsey geht davon aus, dass bis 2030 rund 840 000 Stellen im öffentlichen Dienst neu besetzt werden müssen.

Heike Langenberg

[zusammen-geht-mehr.verdi.de](https://www.zusammen-geht-mehr.verdi.de)

Mehr zu den Forderungen Seite 3

BESCHÄFTIGTE...

...der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) haben einen neuen Podcast ins Leben gerufen. Unter dem Titel „KlinikKlartext – Operation Entlastung“ berichten sie zweimal pro Woche über die Krankenhausbewegung an der MHH, über den Stand der Tarifverhandlungen, bevorstehende Streiks, die Arbeit der verschiedenen Berufsgruppen und aktuelle Entwicklungen im Gesundheitswesen. Die Beschäftigten wollen mit gewerkschaftlicher Unterstützung eine tarifliche Lösung für eine spürbare Entlastung an der MHH erreichen. Hier geht es u.a. zum Podcast:

kurzlinks.de/52un
(Spotify)

kurzlinks.de/ueha
(amazon) ml

Wichtig

„Bürger, nicht Untertan wollen wir sein!
Wollen mitraten, mittaten und mitverantworten in allen wichtigen Dingen des Lebens der Gemeinschaft. Vor allem in den Angelegenheiten der Wirtschaft unseres Volkes.“

Der erste DGB-Vorsitzende Hans Böckler vor 75 Jahren zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 13. Oktober 1949

BÜNDNIS

Vermögen endlich besteuern
Einnahmen für Sozialstaat und öffentliche Infrastruktur

SEITE 2

RENTENPAKET II

Sicher und berechenbar
FDP soll gesamtgesellschaftlicher Verantwortung nachkommen

SEITE 3

KITAS

LAG untersagt Streiks in Berlin
Senat zieht vor Gericht

SEITE 4

TRÖD

Was will ver.di?
Jetzt kommt der Stärketest

SEITE 5

JOACHIM LANG

Um Geld geht es wohl nicht
SWR beim Gütetermin nicht kompromissbereit

SEITE 6

SEMINARE

Mach Dich schlauer
Bundesweite Bildungsangebote jetzt online

SEITE 7

Verstoß gegen
Menschenrechte

(pm) Anlässlich des Internationalen Tags des älteren Menschen am 1. Oktober hat ver.di an die grundlegenden Menschenrechte erinnert, die für alle Menschen gelten, unabhängig von ihrem Alter. „Es ist untragbar, dass ältere Menschen in vielen Bereichen des Lebens benachteiligt werden. Sei es bei der Vergabe von Krediten, bei Versicherungsbeiträgen oder beim Zugang zu öffentlichen oder privaten Dienstleistungen, wo ältere Personen häufig ausgeschlossen werden, weil diese nur noch digital angeboten werden“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis. „Egal, ob es sich um das Bezahlen im Bus, die Beantragung von Bescheinigungen oder die Kontoauszüge der Bank handelt, überall werden Smartphones und Apps vorausgesetzt, die Ältere häufig nicht haben. Diese Diskriminierungen sind nicht nur ungerecht, sie sind auch ein Verstoß gegen die Menschenrechte.“ ver.di stehe an der Seite der älteren Menschen, um für Gleichbehandlung und gegen Vorurteile zu kämpfen. Darüber hinaus fordert ver.di die Bundesregierung auf, sich international dafür stark zu machen, eine UN-Altenrechtskonvention zu verabschieden. Kocsis: „Ein solcher internationaler Rahmen würde nicht nur den Schutz älterer Menschen stärken, sondern auch ein klares Zeichen setzen, dass Diskriminierung aufgrund des Alters inakzeptabel ist.“

Vermögen endlich besteuern

BÜNDNIS – Einnahmen sollen in den Sozialstaat und die öffentliche Infrastruktur fließen

(red.) Die eingestürzte Carolabrücke in Dresden ist nur ein Symbol für die marode öffentliche Infrastruktur in Deutschland. Seit Jahrzehnten werden notwendige Sanierungsarbeiten aufgeschoben, die Infrastruktur verfällt zunehmend, ebenso wie die Daseinsvorsorge. Die Armut in Deutschland ist auf einem inakzeptabel hohen Niveau von 16,6 Prozent. Angeblich ist kein Geld in den öffentlichen Kassen. Doch Deutschland verzichtet schon seit vielen Jahren auf Einnahmen, etwa aus der Vermögenssteuer.

Jüngst hat das Manager Magazin neueste Zahlen zu den deutschen

Milliardenvermögen veröffentlicht. Ungeachtet der gegenwärtigen Krisen wächst die Zahl der Milliardär*innen hierzulande, die größten Vermögen wachsen weiter. Eine breite Allianz von 22 Organisationen, darunter auch ver.di, hat Anfang Oktober in einer gemeinsamen Erklärung die Forderung nach einer Vermögenssteuer und einer Vermögensabgabe erneuert. Sie sollen für große Vermögen gelten. Mit diesen Einnahmen sollen die Daseinsvorsorge und der Klimaschutz nachhaltig finanziert und einkommensschwache Länder unterstützt werden.

Die wachsende Ungleichheit im Land ist zugleich eine große Gefahr für die Demokratie. Der Politik fehlen finanzielle Spielräume, um den Sozialstaat abzusichern, eine funktionierende und Geschlechtergerechtigkeit fördernde Daseinsvorsorge zu gewährleisten und Deutschland zukunftsfähig zu machen. Um die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, reicht eine Reform der Schuldenbremse nicht aus. Jetzt ist der Moment, die Besteuerung großer Vermögen anzugehen.

ver.di zur Vermögenssteuer:
kurzlinks.de/uin1

Kolleg*innen brauchen Klarheit

SCHENKER – ver.di fordert Sicherung der Mitbestimmung und der Arbeitsplätze

(pm) Anfang Oktober hat der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG dem Verkauf von DB Schenker an den dänischen Logistikkonzern DSV zugestimmt. ver.di fordert, Arbeitsplätze, Mitbestimmung und Tarifbindung in dem traditionsreichen

Logistik-Unternehmen dauerhaft zu erhalten.

„Nach den monatelangen Diskussionen im Verkaufsprozess sind die Kolleginnen und Kollegen nachvollziehbar verunsichert. Sie brauchen endlich Klarheit und Si-

cherheit, dass ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben“, sagte Stefan Thyroke, ver.di-Bundesfachgruppenleiter Logistik. „Und klar ist für uns auch, dass DSV dauerhaft tarifgebunden sein muss“, so Thyroke weiter.

DIE PRESSE-SHOW

„Verdi & Co. haben jeden Bezug zur Realität verloren“ titelt das *faz.net*, die *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* online am 10. Oktober 2024 mit Blick auf die kommende Tarifrunde im Öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen. Die *Frankfurter Rundschau* schreibt einen Tag später etwas differenzierter: „In der neuen Tarifrunde geht es um acht Prozent mehr Gehalt. Vonseiten der Arbeitgeber gibt es bereits deutliche Kritik“, heißt es dort. Bei den Ökonomen schein aber eher Verständnis für die Forderungen zu herrschen. Thomas Gitzel, Chefvolkswirt der VP Bank, habe gegenüber der Tagesschau angegeben, dass wettbewerbsfähige Entlohnungen notwendig seien, um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. „Allerdings geht er nicht von den acht Prozent Lohnplus aus. Und auch Cyrus de la Rubia, Chefökonom bei der Hamburg Commercial Bank, fand die Forderungen ‚robust‘. Er könne dies jedoch teils

nachvollziehen, da die Geldentwertung viele Haushalte nach wie vor belastet“, heißt es in der *FR*. Stelle man nämlich den Vierjahresvergleich an, seien die Preise heute knapp 20 Prozent höher als Ende 2020.

Wie immer kommt es auf den Blickwinkel an und darauf, für wen man schreibt. So erklärt der *Deutschlandfunk* am 13. Oktober in seiner Rubrik „Nachrichten leicht“: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund feiert seinen 75. Geburtstag. Eine Gewerkschaft ist ein Verein für Arbeiter und Angestellte. Die Gewerkschaft setzt sich zum Beispiel dafür ein, dass die Arbeiter und Angestellten mehr Geld bekommen.“ Unter dem Motto „Gewerkschaft für Anfänger“ geht es so weiter: „Es gibt verschiedene Gewerkschaften für verschiedene Berufe. Die meisten dieser Gewerkschaften gehören zum DGB. [...] Auf der Feier von dem DGB hat der Bundes-Präsident geredet.

Er heißt Frank-Walter Steinmeier. Steinmeier sagt: Wir brauchen den DGB, damit es auf der Arbeit in Deutschland gerecht zugeht. Und er sagt: Wir brauchen Arbeiter aus dem Ausland. Der DGB muss sich auch für diese Arbeiter einsetzen.“ Was Steinmeier noch gesagt hat, ist im *Handelsblatt* vom selben Tag nachzulesen: „Die Gewerkschaften sollen Deutschland [...] aktiv durch die aktuellen Krisen steuern. Der Bundespräsident rief zu Optimismus trotz tiefgreifender Umbrüche auf.“ Steinmeier appellierte an den DGB, „weiter ‚eine Stimme der Zuversicht‘ zu sein: ‚Die brauchen wir.‘ Der DGB solle während des derzeit laufenden ‚Umbaus unseres Landes zu einer klimaneutralen und immer digitaleren Wirtschaft‘ weiter für soziale Gerechtigkeit streiten. Veränderung bedeute nicht zwangsläufig Bedrohung und Verlust.“ Nicht so leicht zu verstehen, wenn die Nachrichten immer bedrückender klingen.

Petra Welzel

Sicher und berechenbar

RENTENPAKET II – *ver.di fordert FDP auf, ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen*

(pm) Anlässlich der Bundestagsanhörung zum Rentenpaket II hat ver.di an die FDP appelliert, endlich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen und den Kompromiss in der Ampelkoalition nicht länger zu hintertreiben: „Die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent ist für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mittleren Alters, die in den kommenden Jahren in Rente gehen, eine existenzielle Frage. Sie darf nicht länger Spielball bei der politischen Profilierung sein“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Die Anhörung über das Rentenpaket II war bei Redaktionsschluss der ver.di news noch nicht beendet.

Der Überlebenskampf der FDP dürfe nicht dazu führen, dass die Spaltung der Gesellschaft weiter vorangetrieben werde. „Der Versuch einiger Akteure in der FDP, das Feld der Rentenpolitik zum Austragungsort eines Generationenkampfes zu machen, ist sachlich ebenso falsch wie gesamtgesellschaftlich verantwortungslos“, betonte Werneke. Die Haltelinie von 48 Prozent bringe den Versicherten Sicherheit und Berechenbarkeit. Auf mittlere Sicht sei

allerdings eine Anhebung auf mehr als 50 Prozent erforderlich, um Altersarmut dauerhaft einzudämmen.

Sollte die Rentenreform jetzt nicht in der vorhergesehenen Form kommen, werde das Rentenniveau von jetzt 48 Prozent absehbar auf 45 Prozent absinken. Millionen Menschen mit mittlerem Einkommen hätten mit schmerzhaften Einbußen zu rechnen. So erhielte beispielsweise eine Arbeitnehmerin, die aktuell ein monatliches Bruttoeinkommen von 3000 Euro bezieht, nach heutigen Werten gerechnet nach 40 Jahren Berufstätigkeit eine Bruttorente von rd. 1260 Euro, netto 1113 Euro. Würde keine Stabilisierung erfolgen, sinkt das Rentenniveau laut Rentenversicherungsbericht 2023 auf rund 45 Prozent bis zum Ende der 2030er Jahre. Im vereinfachten Beispiel würde das – nach heutigen Werten – zu einer Netto- rente von rd. 1043 Euro statt 1113 Euro und damit zu einem Minus von 70 Euro monatlich oder 840 Euro im Jahr führen.

„Diese Beträge mögen für manche Politiker Peanuts sein – für Millionen von Menschen werden sie zu Fragen der Existenz und eines würdevollen

Lebens im Alter“, so Werneke. Die jetzige Rentenreform sei auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, wichtig auch für heute noch junge Menschen: „Wenn das Rentenniveau erst einmal runtergefahren ist, dann ist es für diejenigen, die noch später in Rente gehen, natürlich nicht besser.“ Zwar seien die heute Ende 40, Anfang 50-Jährigen von dem Absinken des Rentenniveaus betroffen, wenn die jetzige Rentenreform nicht komme. Aber in die Zukunft geblickt treffe es auch die heute noch jüngeren Menschen, wenn das Rentenniveau nicht jetzt mindestens stabilisiert werden.

Dass der Rentenbeitrag dafür in der Spitze in den 2023er Jahren um einen Prozentpunkt steigen müsse, hält Werneke für „absolut angemessen“, um dafür auf eine Rente zu kommen, die oberhalb der Grundsicherung liege. Sonst werde das Vertrauen der jungen Generation in das Rentensystem weiter schwinden. Allerdings hält der ver.di-Vorsitzende mittelfristig weitere Verbesserungen für erforderlich und blickt kritisch auf das Festhalten der Bundesregierung an der Aktienrente.



HEIKE LANGENBERG
IST DIE VERANTWORTLICHE
REDAKTEURIN DER
„VER.DI NEWS“

K O M M E N T A R

Einfach nur billig

Liest man derzeit in den Medien Kommentare zum Rentenpaket II, wird schnell wieder ein Kampf der Generationen heraufbeschworen. Unter einem höheren Rentenniveau jetzt müssten die heute 20- bis 30-Jährigen später leiden, heißt es da. Ihnen wird suggeriert, dass die Renten dann zwar heute sicher sind, in ihrer Rentenzeit aber nicht mehr. Und das liegt nicht an den „gierigen Alten“ von heute und morgen, das liegt eher daran, dass das Rentenniveau, einmal unten angekommen, sicher nicht mehr nennenswert steigen wird. Zudem liegt es auch daran, dass schon heute der gesetzlichen Rentenversicherung immer noch Aufgaben übergeholfen werden, die aus Steuermitteln finanziert werden müssen. Dazu kommt, dass niedrige Löhne weder zum würdevollen Leben im Alter reichen noch dass davon eine zusätzliche private Vorsorge finanziert werden könnte. Hier wieder einmal den Generationenkonflikt zu schüren, ist immer noch billig.

Flickschusterei im Entwurf

BEAMT*INNENBESOLDUNG – *ver.di und DGB kritisieren überarbeiteten Vorschlag*

(pm) Das Bundesinnenministerium hat einen erneut bearbeiteten Entwurf des Bundesbesoldungsgesetzes vorgelegt. ver.di und der DGB lehnten ihn mit klaren Worten ab. Mit dem Gesetzentwurf werde nach ihrer Ansicht versucht, den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts von 2020 Genüge zu tun. Allerdings greife dieser Versuch zu kurz. Es handele sich nicht um die vom Gericht angemahnte grundlegende Besoldungsreform, sondern lediglich um eine Minimalregelung, die zudem noch zu neuen Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen führe.

Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle vermutet, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und die knappen Kassen des Bundes dazu geführt haben, dass Flickschusterei betrieben wird. „Wir erwarten allerdings

vom Bund einen zukunftsweisenden Vorschlag zur amtsangemessenen Beamtenbesoldung. Die jetzt vorliegenden Vorschläge zu alimentativen Ergänzungszuschlägen sind intransparent, schaffen neue Ungerechtigkeiten und sind schwer vermittelbar“, so Behle. Sie fürchtet, dass der Bund jetzt die Chance vertue, die Besoldung im Rahmen der höchstrichterlichen Vorgaben anzupassen. Sie zweifelt zudem an, ob viele der geplanten Regelungen überhaupt rechtskonform seien.

Bereits in einer gemeinsamen schriftlichen Stellungnahme hatten der DGB und seine Mitglieds- gewerkschaften die geplanten Maßnahmen wie vor allem die Einführung eines alimentativen Ergänzungszuschlags mit bestimmten Abschmelzbeträgen, die problematische Abkehr vom Modell der Al-

leinverdienerfamilie sowie den isolierten Eingriff in die Besoldungsstrukturen kritisiert.

Wertschätzendes Konzept

Ungeachtet herausfordernder Rahmenbedingungen wie einer schwierigen Haushaltslage und der Tatsache, dass ein Großteil der Länder bereits vergleichbare Gesetze verabschiedet hat, erwartet ver.di vom Bundesgesetzgeber weiterhin, dass dieser ein transparentes, wertschätzendes und schlüssiges Gesamtkonzept vorlegt. Verfassungsrechtliche Risiken verschiedener Maßnahmen des aktuellen Entwurfs dürfen nicht zu Lasten der Beamt*innen und Soldat*innen gehen.

Die Kabinettsbefassung mit dem Gesetzentwurf ist derzeit für Anfang November vorgesehen.



Gespräch abgesagt

(pm) Der ARD-Vorsitzende und Intendant des SWR, Kai Gniffke, hat in einem Schreiben den Vorschlag der drei Gewerkschaften ver.di, DJV und unisono abgelehnt, über eine Tarifschlichtung ein Ergebnis für die über neun Monate andauernden Verhandlungen über Tarifierhöhungen zu finden. Die Gewerkschaften hatten Anfang September das Scheitern der Verhandlungen im SWR erklärt. Auch in anderen ARD-Rundfunkanstalten und im ZDF sind die Verhandlungen festgefahren und führten immer wieder zu bundesweiten Streiks. In einem für den Abend des 1. Oktober verabredeten Spitzengespräch zwischen Kai Gniffke, drei weiteren Intendant*innen, zwei Verwaltungsdirektor*innen der ARD und den drei Gewerkschaften sollte über die Tarifsituation und den Vorschlag der Tarifschlichtung gesprochen werden. Noch bei der Einladung war dieses Thema gesetzt, weil auch zuvor über Ablauf und Regeln eines Schlichtungsverfahrens noch kein Gespräch geführt werden konnte. Bereits vor dem Treffen wurde dann überraschend diese Option einer Tariflösung kategorisch ausgeschlossen und eine bislang nicht in diesen Schlichtungsvorschlag involvierte Organisation (VRRF) einseitig von der ARD hinzugezogen. Daraufhin haben ver.di und unisono die Teilnahme an dem geplanten Gespräch abgesagt.

LAG untersagt Streiks in Berlin

KINDERBETREUUNG – Senat geht vor Gericht, statt konstruktive Lösungen zu suchen

(red.) Seit fast zwei Jahren engagieren sich die pädagogischen Fachkräfte in den Kita-Eigenbetrieben in Berlin für die Verbesserung sowohl der pädagogischen Qualität als auch der Arbeitsbedingungen. Für das Ziel, einen Tarifvertrag pädagogische Qualität und Entlastung durchzusetzen, hatten die Beschäftigten seit dem Sommer dieses Jahres immer wieder gestreikt. Da der Berliner Senat jede konstruktive Verhandlung zu dem Thema jedoch bislang verweigert, stimmten 91,7 Prozent der pädagogischen Fachkräfte für die Aufnahme eines unbefristeten Streiks. Dieser sollte am 30. September 2024 beginnen. Statt konstruktive Lösungen zu suchen, hat der Berlin Senat den Weg zum Gericht gesucht.

Das Landesarbeitsgericht hat am 11. Oktober den Streik für pädagogische Qualität und Entlastung bei den Kita-Eigenbetrieben untersagt.

ver.di sieht in dem Urteil eine deutliche Abweichung von der bisherigen Rechtsprechung sowohl in Berlin als auch bundesweit. Das Urteil soll jetzt intensiv geprüft werden. Auf der Grundlage dieser Prüfung behält sich ver.di vor, das Land Berlin zu zwingen, ein Hauptsacheverfahren einzuleiten. Dies hat jedoch keine Auswirkung mehr auf die laufende Tarifaufeinandersetzung. Mit dem Urteil des Landesarbeitsgerichts sind weitere Streikmaßnahmen auf unbestimmte Zeit untersagt. ver.di wird nach Vorliegen der Entscheidungsgründe des LAG seine weiteren Optionen für den Bereich der Beschäftigten in den Kita-Eigenbetrieben des Landes Berlin prüfen.

„Der Senat muss wissen, dass mit diesem Urteil die Kita-Krise nicht verschwunden ist. ver.di wird weiter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Druck machen, dass der Se-

nat seiner Verantwortung nachkommt und für echte Verbesserungen in den Kitas sorgt. Das ist auch eine Zukunftsfrage für uns als Gesellschaft“, sagte ver.di-Landesbezirksleiterin Andrea Kühnemann. Martina Breitmann, stellvertretende Kita-Leiterin in einem Kita-Eigenbetrieb und Mitglied der ver.di Tarifkommission, zeigte sich enttäuscht, dass den Beschäftigten mit diesem Urteil die Möglichkeit genommen wird, konsequent für ihr Recht und die Rechte der ihnen anvertrauten Kinder zu kämpfen. Sie lud die Berliner Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch, CDU, ein, sich vor Ort ein Bild zu machen. „In Berlin gibt es keine einzige Kita, in der mit einem Schlüssel von einer Fachkraft auf 5,1 Kinder gearbeitet wird, wie sie es im Abgeordnetenhaus behauptet hat. Wir erwarten jetzt Handeln statt weiterer Schönredei“, so Martina Breitmann.

T A R I F L I C H E S

EISENBahn – (pm) In der Tarifrunde zum Eisenbahntarifvertrag (ETV) hat ver.di Mitte Oktober Beschäftigte in Bayern, Baden-Württemberg, NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz zu ersten Warnstreiks aufgerufen. Das ist die Reaktion der Beschäftigten auf das ihrer Meinung nach unzureichende Angebot der Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde. ver.di verhandelt derzeit für rund 5500 Beschäftigte in Omnibusbetrieben, im Schienenbahnverkehr sowie bei Güterbahnen über die Löhne und Gehälter. ver.di fordert eine Erhöhung der Tabellenlöhne um 350 Euro bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Der Arbeitgeber hatte bereits vor Ende der Friedenspflicht eine Erhöhung der Gehälter um 3,0 Prozent angeboten. In der ersten Verhandlungsrunde war er nicht bereit, sein Angebot zu verbessern. Am 11. November soll weiterverhandelt werden.

ÖFFENTLICHE BANKEN – (pm) Die Gehälter der Beschäftigten der öffentlichen Banken steigen ab November um 6,0 Prozent. Zum

1. November 2025 werden sie dann um weitere 2,8 Prozent angehoben, ein Jahr später noch einmal um 2,7 Prozent. Nachwuchskräfte erhalten in diesem Zeitraum insgesamt rund 350 Euro monatlich mehr. Darauf haben sich ver.di und der Bundesverband öffentlicher Banken verständigt. Von der Tarifrunde der öffentlichen Banken werden rund 60 000 Beschäftigte aus 63 Instituten, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder, erfasst. Darüber hinaus haben sich die Tarifvertragsparteien darauf verständigt, Gespräche über eine neue Entgeltstruktur sowie eine lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung aufzunehmen. Bis Ende Oktober können die ver.di-Mitglieder bei den öffentlichen Banken über das Ergebnis abstimmen.

GELD- UND WERTTRANSPORT – (pm) Anfang Oktober war so mancher Geldautomat in der Republik leer. Hintergrund war ein ganztägiger Streik der Beschäftigten des Geld- und Werttransports, zu dem ver.di aufgerufen hatte. In acht

Bundesländern waren die Beschäftigten zwei Tage im Ausstand. Hintergrund sind die Lohn- und Manteltarifverhandlungen für rund 10 000 Beschäftigte im Geld- und Werttransport. Auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 20. September hatte die Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste (BDGW) kein akzeptables Angebot vorgelegt. Die nächste Verhandlungsrunde soll am 17. und 18. Oktober in München stattfinden.

OMNIBUSVERBAND NORD (OVN) – (pm) Der OVN hat einen mit ver.di ausgehandelten Tarifkompromiss platzen lassen. Trotz der langen Verhandlungsdauer war es dabei nicht zu Streiks gekommen. Doch damit reagieren die Beschäftigten jetzt auf die „härteste Kampfansage, die ein Arbeitgeberverband nur machen kann“ (ver.di-Verhandlungsführer Sascha Bähning). So kam es Mitte Oktober zu Warnstreiks der Busfahrer*innen im Norden. Sie sehen in dem Vorgehen der Arbeitgeber eine eiskalte Provokation und einen sozialpolitischen Generalangriff auf sie.

Was will ver.di?

TARIF- UND BESOLDUNGRUNDE BUND + KOMMUNEN 2025 – Jetzt kommt der Stärketest

Die Basis

Ein Gesamtvolumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro mehr Gehalt im Monat, aber auch höhere Zuschläge bei besonders belastenden Tätigkeiten. Als Ausgleich für die Arbeitsbelastungen fordern die Gewerkschaften drei freie Tage mehr plus einen freien zusätzlichen Tag nur für Gewerkschaftsmitglieder.

Zuschläge

Zu den Zuschlägen, die erhöht werden sollen, zählen etwa die für ständige Wechselschicht- und Schichtarbeit, aber auch für Bereitschaftszeiten oder die Arbeit nachts, an Sonn-, Feiertag- sowie Samstagen. Auch die Überstundenzuschläge sollen erhöht werden. Damit mehr Kolleg*innen von den Überstundenzuschlägen profitieren, soll der Ausgleichszeitraum von derzeit zwölf auf einen Monat verkürzt werden. Und auch Teilzeitkräfte sollen in den Genuss von Überstundenzuschlägen kommen, wenn sie über ihre individuell vereinbarte Arbeitszeit hinaus arbeiten. Derzeit gilt der Anspruch nur für Vollzeitkräfte.

Das „Meine-Zeit-Konto“

Die Beschäftigten können frei entscheiden, ob und was sie auf dieses Konto einzahlen wollen. Gedacht ist es für die erzielte Entgelterhöhung oder weitere Vergütungsbestandteile wie Überstunden inklusive Zu-

schlägen. Auch was mit dem Guthaben auf dem Konto geschehen soll, liegt in der Entscheidung der einzelnen Beschäftigten. Genutzt werden kann es etwa, um die wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren, zusätzliche freie Tage zu bekommen oder auch längere Freistellungsphasen. Damit wollen die Gewerkschaften für mehr Zeitsouveränität und Flexibilität sorgen.

Azubis, Praktikant*innen, Dual Studierende

Neben der Forderung nach 200 Euro mehr im Monat erwartet ver.di, dass die Übernahmeregelung für Azubis verbessert wird. Sie sollen einen Anspruch auf eine unbefristete Übernahme möglichst im erlernten Beruf bekommen und in die Erfahrungsstufe 2 eingruppiert werden.

Altersteilzeit

Ein Tarifvertrag zur Altersteilzeit soll neu abgeschlossen werden. Er soll bevorzugt für diejenigen zugänglich sein, die unter besonders hohen Belastungen arbeiten.

Bezahlte Pause

Was anderswo längst üblich ist, gilt immer noch nicht für die Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. ver.di will durchsetzen, dass auch ihnen eine Bezahlung für die Pausenzeit zusteht, wenn sie in Wechselschicht arbeiten.

Beamt*innen

Die Ergebnisse sollen zeit- und inhaltsgleich auf Beamt*innen, aber auch auf Richter*innen, Soldat*innen und Versorgungsempfänger*innen übertragen werden. ver.di erwartet zudem, dass die Arbeitszeit von Beamt*innen an das Tarifniveau angepasst wird. Derzeit arbeiten etwa die Beamt*innen des Bundes noch 41 Stunden pro Woche.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Verhandlungen sollen am 24. Januar 2025 beginnen. Bis dahin will ver.di bei einem sogenannten Stärketest schauen, wie viele Beschäftigte bereit sind, für die Forderungen zu kämpfen. Denn je stärker der Rückhalt bei den Beschäftigten ist, desto mehr können die Gewerkschaften für sie durchsetzen.

zusammen-geht-mehr.verdi.de/staerketest

Mitmachen!

Gesucht werden wieder Tarifbotschafter*innen. Sie bekommen exklusive Informationen aus den Tarifverhandlungen zuerst und geben diese dann an ihre Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Dienststellen weiter. Um möglichst viele Beschäftigte für Aktionen und das Mitmachen in der Tarifrunde zu gewinnen, bietet ver.di ab Ende Oktober Interessierten Online-Schulungen an.

zusammen-geht-mehr.verdi.de

ST A T E M E N T

Wenn wir wollen, dann können wir

„Jetzt bin ich mal gespannt auf die Reaktion der öffentlichen Arbeitgeber. Ich finde, wir haben ein Paket beschlossen, das ambitioniert ist. Wir sind immer ambitioniert unterwegs. Aber es kann sich auch sehen lassen. Wir sagen: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen in der Einkommensentwicklung nicht hinterherhinken, wir wollen mit an der Spitze sein. Deshalb acht Prozent, das passt auch in die Zeit. Ich befürchte, die Reaktion der öffentlichen Arbeitgeber wird trotzdem negativ sein, erste Anzeichen gibt es dahin schon. Dann stellen wir uns den Verhandlungen. Die Verhandlungen beginnen im Januar, weitere Verhandlungstermine sind für Anfang des Jahres vereinbart. Die öffentlichen Arbeitgeber sollten wissen, spätestens seit der Verhandlungsrunde 2023: Wenn wir wollen, dann können wir, und das gilt natürlich auch im Jahr 2025.“

Als Arbeitgeber disqualifiziert

KYNDRYL – Unternehmen kündigt sämtliche Tarifverträge in Deutschland zum Jahresende

(pm) Der globale IT-Infrastruktur-Dienstleister Kyndryl hat Ende September sämtliche Tarifverträge mit Wirkung zum Jahresende gekündigt. „Damit hat der Kyndryl-Konzern endgültig die Masken fallen lassen. Er tritt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Füßen“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz-Dethlefsen zu dieser Aufkündigung der Tarifpartnerschaft. In einer Branche, die sich durch einen extremen Fachkräftebedarf auszeichne, habe sich Kyndryl damit als Arbeitgeber disqualifiziert.

„Kyndryl straft damit seine Eigenwerbung Lügen, im Unternehmen stünden die Beschäftigten stets im Mittelpunkt“, so Schmitz-Dethlefsen weiter. Er forderte Kyndryl auf, in die Sozialpartnerschaft zurückzukehren. ver.di stünde für Gespräche weiterhin zur Verfügung. Betroffen von der Kündigung sind alle tarifgebundenen Konzerngesellschaften in Deutschland: die Kyndryl Deutschland GmbH, die Kyndryl Aviation Industrie Services GmbH, die Kyndryl Deutschland Business & Technology Services GmbH.

Kyndryl ist ein global agierendes, börsennotiertes Unternehmen, das sich auf IT-Infrastruktur-Dienstleistungen spezialisiert hat. Weltweit hat der Konzern mit Hauptsitz in den USA knapp 90 000 Beschäftigte, in Deutschland sind es rund 700 Beschäftigte.

Bereits in der Tarifrunde 2024 habe der Arbeitgeber den Beschäftigten eine Sicherung ihrer Reallohne verweigert. „Mit der Kündigung der Tarifverträge setzt Kyndryl nun diesen beschäftigtenfeindlichen Kurs fort“, sagte Schmitz-Dethlefsen.



Foto: Kay Herschelmann

FRANK WERNEKE IST DER VORSITZENDE VON VER.DI

Um Geld geht es wohl nicht

JOACHIM LANG – *Sender zeigt sich beim Güteverfahren nicht kompromissbereit*

Melonen und Tomaten

(pm) Die Westsahara ist ein Gebiet, das an Algerien, Mauretanien, Marokko sowie den Atlantik grenzt. Ein Teil des Gebiets wird von Marokko kontrolliert. Ein kleinerer, dünn besiedelter Teil wird von der Front Polisario kontrolliert. Sie setzt sich für das Recht auf Selbstbestimmung durch das Volk der Westsahara ein und für die Gründung eines souveränen Staates. Das Land produziert unter anderem Tomaten und Melonen. Möglich wird dieser Anbau durch Bewässerungsanlagen. Diese Infrastruktur hat weitgehend Marokko finanziert. Doch das reicht nicht aus, um in die EU importierte Melonen und Tomaten mit dem Herkunftsland Marokko zu kennzeichnen. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) Anfang Oktober entschieden. Geklagt hatte ein französischer Landwirtschaftsverband. Sein Ziel: Das Völkerrecht wahren und Verbraucher*innen bei ihrer Kaufentscheidung nicht in die Irre zu führen. Dieser Auffassung schloss sich der EuGH an. Daher müssten Tomaten und Melonen aus der Westsahara auch eindeutig mit dieser Bezeichnung als Herkunftsland gekennzeichnet werden. Zudem argumentierte das Gericht, dass eine Zustimmung des Volkes der Westsahara zu einem Handelsabkommen zwischen der EU und Marokko aus seiner Sicht nicht vorliege.

Aktenzeichen:
C-778/21 P, C-798/21 P

(pm) Mitte Juli hatte der SWR versucht, dem Regisseur Joachim Lang per Änderungskündigung andere Aufgaben zuzuweisen. Das Schreiben kam genau an dem Tag, an dem der neue Film von Lang, „Führer und Verführer“, seine Premiere feierte (ver.di news berichtete). Doch Lang wehrt sich gegen die Kündigung, gemeinsam mit seiner Redaktionsleiterin Sandra Dujmovic. Unterstützt werden die beiden ver.di-Mitglieder vom ver.di-Rechtsschutz.

Zu Filmen verpflichtet

Am 8. Oktober fand beim Arbeitsgericht Stuttgart der Güteverfahren Joachims Lang gegen den SWR statt. Vor dem Gericht hat der Sender keine Kompromisse angeboten. Damit kommt es nun im Kammertermin zu einem Urteil. Begründet wurde die Änderungskündigung mit dem Sparkurs des Senders, der nach Aussagen des SWR keine weiteren Spielfilme mehr vorsieht. Dabei ist der SWR laut Staatsvertrag dazu verpflichtet, auch Spielfilme herzustellen.

„Aufgrund eines betrieblichen Sparkurses wird einem hochangesehenen Regisseur seine Aufgabe

gekündigt, obwohl gleichzeitig externen etliche Filmprojekte vergeben werden. Das zeigt: es geht dem Sender nicht ums Geld“, sagte ver.di-Landesbezirksleiter Martin Gross. Als Leidtragende dieser sturen, harten und inhaltlich nicht nachvollziehbaren Haltung des SWR sieht der Gewerkschafter nicht nur Joachim Lang und seine Redaktionsleiterin Sandra Dujmovic. Gross weist daraufhin, dass als Folge der Kündigung auch der geplante und ausgeschriebene Spielfilm über Theresienstadt gestrichen wird. „Damit wird die Kündigung zu einem Politikum“, sagte er. Denn nach dem Täterfilm „Führer und Verführer“ sollten mit diesem Werk die Opfer in den Mittelpunkt gerückt werden. „Der Auftrag des SWR, gerade in diesen Zeiten, wäre es, unsere Demokratie gegen alle Gestirnen zu verteidigen“, kritisierte Gross.

Summe aller Beschäftigten

Die Senderspitze rund um SWR-Intendant Kai Gniffke forderte er auf, den Sender endlich als die Summe der Arbeit aller seiner Beschäftigten zu sehen. Ohne deren täglichen professionellen und hochmotivierten Einsatz sei der Sender

nichts. Das gelte sowohl auf individueller Ebene wie in diesem Fall als auch auf kollektiver Ebene bei den seit Monaten blockierten Tarifverhandlungen und inzwischen sogar der Ablehnung einer Schlichtung.

Lob für John Cranko

Joachim Lang arbeitet seit Jahrzehnten für den SWR und hat in dieser Zeit zahlreiche bedeutende Beiträge für das Renommee des Senders erstellt. Damit ist er ein Aushängeschild des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der ganzen Republik. Zu seinem Werk gehören unter anderem „Mackie Messer – Brechts Dreigroschenfilm“, „Führer und Verführer“ sowie der aktuell in den Kinos laufende Film „John Cranko“.

„Der SWR hat in den Verfahren gegen Joachim Lang und Sandra Dujmovic seine Schutz- und Sorgfaltspflicht als Arbeitgeber verletzt“, kritisierte Sida Carman, Geschäftsführerin des ver.di-Bezirks Stuttgart. Es habe den Anschein, dass den Sparmaßnahmen nun ausgerechnet die Spielfilme von Lang und Dujmovic zum Opfer fallen. „Das ist rechtlich nach unserer Auffassung nicht in Ordnung“, so Carman.

Besser den Datenschutzskandal aufklären

EUROTRADE – *Unternehmen kündigt Betriebsrätin fristlos*

(pm) Ende Juni hat die Eurotrade, ein Tochterunternehmen des Flughafens München, einer engagierten Betriebsrätin fristlos gekündigt. Die Kollegin kandidierte zudem für den Aufsichtsrat. Der Vorwurf: Sie habe dienstliche E-Mails auf ihre private E-Mailadresse weitergeleitet. „Ad Absurdum wird das Ganze geführt, da das Management der Firma Eurotrade selbst regelmäßig dienstliche E-Mails auf die private E-Mailadresse unserer Kollegin geschickt hat“, trat der für Eurotrade zuständige Kollege im ver.di-Bezirk München, Dominik Datz, den Vorwürfen entgegen.

Anfang Oktober musste sich das Management der Firma Eurotrade für dieses Verhalten vor dem Ar-

beitsgericht München verantworten. Im Vorfeld des Arbeitsgerichtstermins fand eine Solidaritätskundgebung mit weit mehr als hundert Unterstützer*innen statt. Zu einer Einigung kam es nicht.

Haltlose Vorwürfe

„Die Firma Eurotrade hatte heute die Möglichkeit, den Angriff auf unsere Kollegin zu stoppen und die Kündigung zurückzunehmen. Dass das Management jedoch an der haltlosen und skandalösen Kündigung festhält, macht offensichtlich, um was es eigentlich geht: Man will sich mit haltlosen und konstruierten Vorwürfen einer engagierten Kollegin entledigen“, so Datz.

Thomas Gürlebeck, der stellvertretende Leiter des ver.di-Fachbereichs Handel im Landesbezirk Bayern, sieht den eigentlichen Skandal darin, dass das Eurotrade Management unerlaubt und illegal auf die E-Mailadresse der Kollegin zugegriffen habe. „Das ist ein Datenschutzskandal erster Güte und muss nicht nur zur Folge haben, dass die fristlose Kündigung zurückgezogen wird. Vielmehr muss der Aufsichtsratsvorsitzende des Flughafens Münchens, der bayerische Finanzminister Albert Füracker, CSU, schnellstens den Datenschutzskandal aufklären und das Management der Firma Eurotrade zur Rechenschaft ziehen“, so Gürlebeck.

Mach dich schlauer

SEMINARE – Bundesweite ver.di-Bildungsangebote 2025 sind online!

ver.di-Mitglieder wieder klar im Vorteil: In allen Bundesländern bis auf Bayern und Sachsen hat die Gewerkschaft das Recht auf Bildungszeit erkämpft. Das bedeutet einen Anspruch von fünf Tagen bezahlten Bildungsurlaub pro Jahr. Zeit, um sich in hochwertigen Seminaren weiterzubilden, Zeit, um sich in Themenbereichen zu vernetzen, sei es aus persönlichem Interesse und/oder um sich beruflich weiterzubringen.

Kost und Logis für ver.di-Mitglieder frei

Der Vorteil der Mitgliedschaft: ver.di-Mitglieder genießen bei der Teilnahme an Bildungsurlauben aus dem ver.di-Seminarprogramm das volle Rundum-Sorglospaket: Sowohl Kost und Logis in einem der ver.di-Bildungszentren als auch die Lerninhalte der gesellschaftspolitischen Seminare sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Das gesellschaftspolitische Bildungsprogramm von ver.di Gewerkschafts-Politische Bildung gGmbH (GPB) orientiert sich eng am Bedarf der Mitglieder. So liegt der Schwerpunkt 2025 beispielsweise auf dem Themenfeld Demokratie und Migration.

Ines Böschchen ist Referatsleiterin Bildungsarbeit im Bereich Ansprache, Aktivierung und Bildungsarbeit

Seminare der ver.di GPB gGmbH für alle Mitglieder: kurzlinks.de/pj16
Seminare für ver.di-Aktive: kurzlinks.de/v8bl
Arbeitgeberfinanzierte Seminare für gesetzliche Interessenvertreter*innen: kurzlinks.de/k0cu

bei ver.di und hat an der Konzeption des neuen Seminarprogramms von ver.di GPB mitgearbeitet. Auf den Weg gebracht werden die Programme durch eine enge Abstimmungs- und Rückkoppelungskette: „Wir haben uns mit den Bildungssekretär*innen der ver.di Bildungszentren zusammengetan, um die Planung der Bildungsangebote gemeinsam zu stemmen. So können wir auch regionale Themen berücksichtigen. Die Bildungssekretär*innen arbeiten eng mit den Seminarleitungen zusammen. So werden die Impulse aus den Seminaren beim Planungsprozess aufgegriffen“, erklärt Ines Böschchen.

Entsprechend üppig und anspruchsvoll ist das Angebot der ver.di GPB von Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, das allen Mitgliedern offensteht. Die vielen Facetten der sozialökonomischen Transformation werden untersucht oder das Arbeiten in Zeiten von KI und Robotik bis hin zur Rolle

der Medien in Zeiten von „Lügenpresse“-Kampagnen. Der erstarkende Antifeminismus, der Rechtsruck, Tarif- und Sozialpolitik und Europapolitik – all diese Angebote findet ihr im Seminarprogramm von ver.di GPB oder dem praktischen Seminarfinder im ver.di Bildungsportal.

Spezielle Angebote für Interessenvertretungen

Spezielle Bildungsangebote für die kollektive Betriebs- und Tarif-Arbeit richten sich zudem an Aktive in ver.di oder an die gesetzlichen Interessenvertretungen, also Betriebs- oder Personalräte, JAVen oder MAVen. Die Seminare der gesetzlichen Interessensvertretungen werden gemäß Betriebsverfassungsgesetz oder Personalvertretungsgesetz von den Arbeitgebern finanziert.

Mitglieder von Interessenvertretungen unterstützt ver.di Bildung und Beratung (ver.di b+b) durch Bildungsplanung. Systematisch wird gemeinsam geprüft, ob für alle Aufgaben des Gremiums die nötigen Kenntnisse vorhanden sind. Auf dieser Basis wird dann gemeinsam die Weiterbildung geplant, unter Berücksichtigung der betrieblichen Rahmenbedingungen wie der rechtlichen Vorschriften. Mehr Infos: info@verdi-bub.de

Strukturen etablieren

Ein Teil des ver.di-Bildungsangebots ist das modulare Bildungsprogramm „Aktiv in ver.di“. Im Rahmen der Kollektiven Betriebs- und Tarifarbeit (KBTA) soll damit die Mitgliederentwicklung gestärkt werden. Mit dem Programm werden Aktive und Hauptamtliche dabei unterstützt, Gewerkschaftsstrukturen in Betrieben und Verwaltungen zu etablieren oder weiterzuentwickeln. Zusätzlich zu den Kernmodulen können bedarfsbezogene kurze (Online-) Module oder Selbstlernangebote zu Werkzeugen und Instrumenten der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit wahrgenommen werden. Eine Liste dieser Angebote sind auf der Seite des ver.di online-BIZ (kurzlinks.de/tq01) unter Zukunft der Mitgliedererwerbungs zu finden. Darüberhinaus unterstützt ver.di bei einer der Ausgangssituation entsprechenden Bildungs- und Prozessberatung sowie bei der Prozessbegleitung. Angebote gibt es sowohl für betrieblich Aktive als auch für Entscheider*innen in den Vorständen und Gremien von ver.di. Begleitet werden die Seminare von erfahrenen Teamenden, die zum jeweiligen Themenfeld qualifiziert sind. Ein Blick in „Aktiv in ver.di“ lohnt sich in jedem Fall.

Wir fahren nach Berlin!

VER.DI-BUNDESKONGRESS 2027 – Der nächste ist schon in Planung

(red.) Erst vor einem guten Jahr endete der 6. ordentliche ver.di-Bundeskongress, da haben die Planungen für den 7. schon begonnen. Er wird vom 19. bis zum 24. September 2027 in Berlin stattfinden. Das hat der ver.di-Gewerkschaftsrat beschlossen. Wie auch 2023 tagen die Delegierten 2027 im Hotel Estrel.

Im Vorfeld des Bundeskongresses finden wieder Konferenzen auf allen Ebenen der Organisation statt. Den Auftakt machen im 1. Quartal 2026 Konferenzen betriebliche und örtliche Fachbereichsversammlungen, örtliche Mitgliederversammlungen sowie örtliche Konferenzen der Frauen, Jugend und Senior*in-

nen. Ein Jahr später findet die gewerkschaftliche Willensbildung vor dem Kongress mit den Konferenzen der Landesbezirke, der Bundesfachbereiche sowie der Frauen und Gruppen auf Bundesebene ihren Abschluss. Antragschluss für den Bundeskongress ist der 21. Mai 2027.

IMPRESSUM

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWORTLICH), MARION LÜHRING,

JENNY MANSCH, RITA SCHUHMACHER

REDAKTIONSASSISTENZ: KATRIN SCHMIEDEL

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,

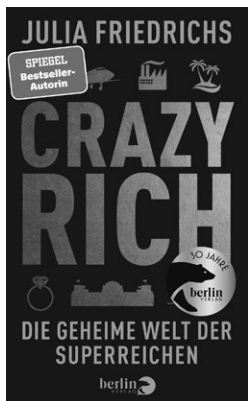
TEL.: 030 / 69 56 1069

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 15 ERSCHEINT

AM 9. NOVEMBER 2024

[verdi.de](https://www.verdi.de)



JULIA FRIEDRICHS:
CRAZY RICH.
**DIE GEHEIME WELT
DER SUPERREICHEN,**
BERLIN-VERLAG,
384 SEITEN, 24 EURO,
ISBN 978-3827015129

Über Geld spricht man nicht

BUCHTIPP – *Wie wollen wir als Gesellschaft zusammenleben?*

Der Streit über den Haushalt 2024 könnte schnell gelöst werden, würde man die Superreichen zur Kasse bitten. Denn in Deutschland verfügen 4000 Haushalte über 1,4 Billionen Euro – dreimal so viel, wie der gesamte Bundesetat ausmacht. Doch der öffentliche Diskurs wird eingeschränkt, weil es weder eine Definition von Reichtum noch eine offizielle Vermögensstatistik gibt.

Angesichts der wachsenden sozialen Ungleichheit ist es da hilfreich, dass die Journalistin Julia Friedrichs Licht in die ver-

Bücher bestellen

Das Buch ist wie andere Bücher auch im Buchladen in der ver.di-Bundesverwaltung erhältlich. Doch können Bücher auch per Mail bestellt werden unter: buchladen@verdi-bub.de. Sie werden dann ohne Versandkosten per Post nach Hause geliefert.

borgene Welt der Superreichen bringt. In Deutschland sind das rund 3300 Personen, die mehrere Millionen und Milliarden Euro besitzen. In 21 kurzweilig geschriebenen Kapiteln nimmt Friedrichs die Leser*innen mit auf ihre Recherchereise – auf eine Luxusjachtmesse, in Family Offices oder Steueroasen. Sie wälzt Zeitschriften, Fachbücher und Autobiografien, spricht mit Expert*innen, die Reichtum erforschen. Vor allem: Friedrichs trifft Superreiche, die menschlich recht unterschiedlich sind.

Wie wollen wir als Gesellschaft zusammenleben? Diese Frage ist roter Faden ihres Buches. Hauptinformant „Sebastian“, Spross einer superreichen Familie, der unerkannt bleiben möchte, wünscht sich eine egalitäre Gesellschaft. Doch das Gros der Superreichen rechtfertigt die extreme Ungleichheit von Vermögen damit, dass Einzelne die Milliarden nicht für sich bräuchten, sondern als „Treibstoff, damit der kapitalisti-

sche Laden läuft“. Zwei Drittel von ihnen haben das Geld geerbt.

Erbschafts- und Vermögenssteuer wird durch „aggressive Steuergestaltung“ und politische Einflussnahme verhindert. Die Politik reagiert eher auf Wünsche der obersten als auf die der anderen Einkommensschichten. Obwohl Dreiviertel der Bürger*innen eine Vermögenssteuer wollen, wird sie in Deutschland nicht eingeführt. Ebenso wenig wie das „Klimageld“, das gleichzeitig soziale und ökologische Ungleichheit reduzieren könnte.

An der Klimakrise zeigt sich, dass exzessiver Reichtum das Überleben der gesamten Menschheit gefährdet: Milliardäre sind dabei, 72 Prozent des verbleibenden Kohlenstoffbudgets für das 1,5-Grad-Ziel zu verbrennen.

Mit analytischem, aber auch verständnisvollem Blick beleuchtet Friedrichs die Welt der Superreichen. Sie plädiert für einen „New Deal“ zwischen ihnen und dem Rest der Gesellschaft, um die Kosten für Zukunftsaufgaben fair zu verteilen – bei gegenseitigem Respekt. *Bärbel Röben*

Beste Schule

„Ich bin langsam an einem Punkt, an dem ich nicht mehr viel Neues lerne – außer im Betriebsrat. Als ich hier angefangen habe, war ich super schüchtern und viel weniger selbstbewusst als heute – und ich hinterfrage die Dinge viel stärker als früher.“

Phuc Chu Thi Hong, 38, seit 14 Jahren Verkäuferin und Betriebsratsvorsitzende in der COS-Filiale am Berliner Kudamm in der taz vom 14. Oktober 2024

TERMINE

In Kooperation mit ver.di veranstaltet die Hans-Böckler-Stiftung am 5. und 6. November die Tagung Dienstleistungen und Dienstleistungsarbeit in der Transformation. Sie findet in der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin statt. Im Zentrum der Tagung steht die Frage nach der Bedeutung von Dienstleistungen und Dienstleistungsarbeit in der Transformation, wobei diese entlang der Dimensionen Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografischer Wandel begriffen wird. Diskutiert werden soll, wie diese Transformation gestaltet werden kann. Anmeldung bis zum 23. Oktober. Mehr Infos und Anmeldung: kurzlinks.de/z1xq

Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen laden die Frauen in ver.di in Kooperation mit dem Frauenvorstand des Fachbereichs B zu einer Online-Veranstaltung ein. Am 12. November geht es von 18.30 bis 20.30 Uhr um häusliche Gewalt und Partnerschaftsgewalt und die Frage, wie man Betroffene in Betrieben unterstützen kann. Der Livestream ist in dem angegebenen Zeitraum unter frauen.verdi.de zu sehen. Weitere Infos zu der Veranstaltung und zum thematischen Hintergrund: kurzlinks.de/7cxw